

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Einführung und Problemstellung	13
---------------------------------------	----

Zweiter Teil

Grundlagen	16
-------------------	----

A. Konkretisierung der Begrifflichkeiten	16
I. Zum Begriff der juristischen Person	16
II. Sanktionen und andere Maßnahmen	17
B. Staatliche Maßnahmen als Rechtseingriffe	19
C. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung: Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	19
I. Legitimer Zweck	20
II. Geeignetheit und Erforderlichkeit	20
III. Angemessenheit	21

Dritter Teil

Strafe als spezifisches Mittel zu einem bestimmten Zweck	22
---	----

A. Aufgabe und Legitimation von Strafe: Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bei strafrechtlichen Sanktionen	22
I. Legitimes Ziel der strafrechtlichen Sanktionsnorm – Was bezweckt Strafe?	23
1. Strafe als Instrument des Rechtsgüterschutzes?	23
2. Das normentheoretische Konzept der personalen Straftatlehre	28
a) Trennung von Verhaltens- und Sanktionsnorm – Verschiedenheit der Rechtsgüter	29
b) Strafe als Mittel zur Abwendung eines Normgeltungsschadens	30
aa) Verhaltensnormverstoß als Grundvoraussetzung der Strafbarkeit	33
bb) Verhältnismäßigkeit der Verhaltensnorm	34
c) Zur Klarstellung: Getrennte Verhältnismäßigkeitsprüfungen beider Normenkategorien	36
II. Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit der Sanktionsnorm	37
III. Zur Verdeutlichung: Das Schuldprinzip als Konkretisierung im Hinblick auf die Geeignetheit von Strafe als Reaktion auf personales Verhaltensunrecht	40

B. Strafrechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen de lege ferenda?	43
I. Zur Frage der rechtlichen Legitimierbarkeit von Strafe gegenüber juristischen Personen	46
1. Konzept einer originären Strafbarkeit juristischer Personen	48
a) Zur Frage der Begründung von Verhaltensnormen gegenüber juristischen Personen	50
aa) Kann sich die juristische Person normgemäß bzw. normwidrig verhalten?	51
bb) Die juristische Person als Normadressat durch den Gesetzgeber bestimmt?	55
(1) Folgeprobleme der „Strafkonkretisierung“ bei fingierter Straffähigkeit juristischer Personen	60
(2) Neues Strafverständnis: Strafe ohne Vorwurf?	62
b) Zur Verdeutlichung: Auch keine „Schuldfähigkeit“ juristischer Personen	64
2. Konzept einer derivativen Strafbarkeit juristischer Personen kraft Zurechnung des Fehlverhaltens natürlicher Personen	70
3. Zwischenergebnis: Keine strafrechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen	75
II. Zum Vergleich: Die juristische Person im Zivilrecht	75
1. Unterscheidung zivilrechtlicher und strafrechtlicher Zurechnungskategorien	76
2. Haftung als zivilrechtlicher Begriff	78

Vierter Teil

Ordnungswidrigkeitenrechtliche Mittel	81
A. Abgrenzung der ordnungswidrigkeitenrechtlichen Mittel zur Strafe	83
I. Qualitative Unterscheidung: Sozialethik als hinreichendes Abgrenzungskriterium?	83
II. Strukturelle Gleichheit: Intensität des Unwertgehalts als Abgrenzungskriterium	88
B. Zur Frage der rechtlichen Legitimierbarkeit der Geldbuße gegenüber juristischen Personen	90
I. Konzept einer originären Verantwortlichkeit juristischer Personen	91
II. Konzept einer derivativen Verantwortlichkeit juristischer Personen	93
1. § 30 OWiG als Zurechnungsvorschrift?	93
2. § 30 OWiG als täterschaftsbegründende Norm?	98
III. Zwischenergebnis: Nicht-Legitimierbarkeit der Geldbuße gegenüber juristischen Personen	100

Fünfter Teil

Andere staatliche Maßnahmen: Würdigung vorhandener Institute und Überlegungen de lege ferenda	102
A. Das Recht der Vermögensabschöpfung im Strafgesetzbuch	102
I. Zum besseren Verständnis der gegenwärtigen Gesetzeslage: Verfall und Einziehung gem. §§ 73 ff., 74 ff. StGB a.F.	102
1. Verfall gem. §§ 73 ff. StGB a.F.	102
2. Einziehung gem. §§ 74 ff. StGB a.F.	109
II. Einziehung von Taterträgen, Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten gem. §§ 73 ff., 74 ff. StGB – neue Fassung seit Juli 2017	112
1. Überblick über die Neuregelung	112
2. Kritische Würdigung der Neuregelung im Hinblick auf juristische Personen	114
B. Das Recht der Gefahrenabwehr	120
I. Maßregeln der Besserung und Sicherung	120
1. Abgrenzung der Maßregeln der Besserung und Sicherung zur Strafe	120
2. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als zentrales Legitimationskriterium	125
a) Legitimer Zweck	125
b) Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit	126
3. Legitimierbarkeit von Maßregeln gegenüber juristischen Personen und Auseinandersetzung mit kritischen Einwänden	126
II. Andere Maßnahmen der Gefahrenabwehr im öffentlichen Recht	131
1. Übersicht de lege lata	131
2. Zur Klarstellung: Legitimierbarkeit gefahrenabwehrender Maßnahmen gegenüber juristischen Personen	133
3. Kritische Würdigung einzelner Maßnahmen der Gefahrenabwehr de lege lata und de lege ferenda	134
a) Als Maßnahmen der Gefahrenabwehr nicht legitimierbare bzw. ungeeignete staatliche Maßnahmen	134
aa) Sanktionsgeld	135
bb) Wiedergutmachung	136
cc) Aktien-/Anteilsverwässerung	138
dd) Zwangsverpachtung/Zwangsvorlauf	139
b) Einwirkung auf die Unternehmensaktivität zum Zweck der „Besserung“	140
aa) Reformgebende Maßnahmen – Bestandsaufnahme und kritische Würdigung ihrer rechtlichen Legitimationsgrundlagen und ihrer Geeignetheit zur Gefahrenabwehr	140
(1) Zur Problematik gerichtlicher Weisungen	142
(2) Zwischenergebnis: Keine reformgebenden Maßnahmen von staatlicher Seite	143

bb) Exkurs: Alternativen zu staatlichen Maßnahmen – Dritt- und Selbstkontrolle der Wirtschaft	145
c) Unterbindung und Beschränkung der Unternehmenstätigkeit zum Zweck der Sicherung	150
aa) Dauerhafte oder temporäre Tätigkeitsverbote und -beschränkungen	151
(1) Auflösung	151
(2) Gewerbe- und Betriebsuntersagung	155
(3) Andere Tätigkeitsbeschränkungen	159
(a) Entzug von Konzessionen, Betriebserlaubnissen und Lizenzen	159
(b) Auftragssperren und -beschränkungen	161
(c) Veröffentlichung belastender Fakten	163
bb) Aufsicht und Verwaltung durch Dritte	167
III. Ausgestaltung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr gegenüber juristischen Personen	170
1. Maßregelmodell oder verwaltungsrechtliche Fachgesetze?	172
2. Spezifische Voraussetzungen für Anordnung und Dauer gefahrenabwehrender Maßnahmen	177
a) Beurteilung der Gefahrensituation	177
b) Verhältnismäßigkeit der Maßnahme	181
3. Maßnahmen der Gefahrenabwehr auch gegenüber juristischen Personen des öffentlichen Rechts?	182
 <i>Sechster Teil</i>	
Schlussbetrachtung	184
 A. Auswertung: Gewinnabschöpfung und Gefahrenabwehr als legitime Ziele staatlicher Maßnahmen gegenüber juristischen Personen	184
I. Verfassungsrechtliche Vorgaben: Staatliche Schutzpflichtverletzung durch Nichtpönalisierung juristischer Personen?	185
II. Europäische Vorgaben: Pflicht zur Einführung von Sanktionen gegenüber juristischen Personen?	186
 B. Exkurs: Strafrechtliche Individualverantwortlichkeit bei unternehmensbezogenen Taten	191
 C. Fazit und Ausblick	198
 Literaturverzeichnis	204
 Materialien	223
 Sachwortverzeichnis	224